

**Zeitschrift:** Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =  
Association Suisse des Professeurs d'Université

**Herausgeber:** Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

**Band:** 10 (1984)

**Heft:** 3

**Artikel:** Konstanz und Wandel der Akademikerbeschäftigung

**Autor:** Weber, Karl

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-894343>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 05.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Konstanz und Wandel der Akademikerbeschäftigung

Dr. Karl Weber

### Résumé

Les problèmes d'emploi des universitaires se sont accentués ces dernières années, et s'aggraveront encore ces prochaines années. D'une part, l'effectif des étudiants et des diplômés continueront à s'accroître jusqu'en 1990 environ, alors que celui des personnes actives a diminué, de 1973 à 1983, de 210'000 unités; une rupture de cette tendance est très improbable. Les chances d'emploi des universitaires dépendront du comportement des employeurs potentiels: secteur public, secteur privé, mais aussi de la politique des associations des professions libérales.

La politique universitaire ne peut donner qu'une contribution limitée à la résolution de ces problèmes. L'évolution actuelle ne peut être corrigée à courte échéance. Ce qui est déterminant, compte tenu des développements technologiques et économiques existants, c'est la question de la révision du concept traditionnel de "plein-emploi" ainsi que les conséquences d'une telle révision sur la politique universitaire.

### I

Die Arbeitsgemeinschaft für akademische Berufsberatung (AGAB) hat vor einigen Monaten die Resultate der vierten Untersuchung zur Beschäftigungssituation der Neuabsolventen im Jahre 1983 veröffentlicht. Gegenüber der letzten Erhebung (1981) hat sich, gemessen an mehr oder weniger traditionellen Indikatoren, die Beschäftigungssituation der Neuabsolventen verschlechtert: Die Arbeitslosigkeit dieser Gruppe ist von rund 2% (92) auf 5% (208) gestiegen. Der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse hat zugenommen (von 58,4 auf 62,4%). Der Anteil von Hochschulabsolventen auf Stellen, deren Vorgänger keine Hochschulbildung hatte, blieb in etwa konstant (rund 6%). Für die Absolventen fast aller Studienrichtungen (mit Ausnahme der Theologie) hat sich die Beschäftigungslage verschlechtert. Hervorzuheben sind insbesondere: In der Humanmedizin sind Arbeitslosigkeit und der Anteil derjenigen Absolventen, welche eine Stelle in Aussicht haben, grösser geworden (die Warteschlange wird länger). Massiv zugenommen hat die

Arbeitslosigkeit in den Geisteswissenschaften (von 2,9% auf 7,7%). Bedeutungsvoller sind die Teilzeit-Arbeitsverhältnisse für Absolventengruppen mit ungünstigen Beschäftigungsaussichten geworden: Geisteswissenschaften 60% gegenüber 50% (1981), Sozialwissenschaften 49% gegenüber 39% (1981). Teilzeitarbeit ist teils erzwungen, teils freiwillig gewählt (z.B. zur Finanzierung von Doktoraten). Die Frauen sind weiterhin stärker benachteiligt als die Männer, die Absolventen in der Westschweiz stärker als diejenigen in der deutschen Schweiz (vgl. jedoch Fächerverteilung).

Diese Resultate haben die "Eingeweihten" keineswegs überrascht. Eine Verschlechterung der Beschäftigungssituation der Neuabsolventen musste aufgrund der Resultate früherer Erhebungen erwartet werden (vgl. frühere AGAB-Untersuchungen und Bericht des Schweiz. Wissenschaftsrates (1981)). Auch in den nächsten Jahren werden sich die Probleme für die Neuabsolventen mit grosser Sicherheit weiter akzentuieren. Obwohl die Resultate der bisherigen Publikation der AGAB-Untersuchung an sich nicht überraschend sind, haben sie in weiten Kreisen unseres Landes eine Verunsicherung ausgelöst und grundsätzliche hochschulpolitische Fragen aufgeworfen: Bilden die Hochschulen zu viele oder "falsche" Akademiker aus? Sind die Status-, Berufs- und Einkommenserwartungen der Jungakademiker zu übertrieben? Reagieren öffentliche und private Arbeitgeber auf das nun vielfältigere und reichere Angebot an qualifizierten Akademikern flexibel genug? Ist ein kollektiver sozialer Abstieg der Akademiker zu befürchten?

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass Fragen der Akademikerbeschäftigung in der Regel dann politisch thematisiert werden, wenn ein Ueberangebot oder ein Mangel festgestellt oder vorausgesehen wird. So hat Walter Kotschnig in einer 1937 erschienen Publikation festgehalten, "...dass die Beschäftigungsaussichten der Hochschulabsolventen der philosophisch-historischen und der naturwissenschaftlichen Fakultät, wie die Zürcher Untersuchung zeigt, besonders ungünstig sind. Während von allen befragten Akademikern 5,6% voll- oder teil-

arbeitslos waren, beträgt diese Quote bei den Naturwissenschaftlern 10% und bei den Geisteswissenschaftlern 14%" (Walter Kotschnig (1937), S. 142). 1963 postulierte demgegenüber die Eidg. Kommission für Nachwuchsfragen: "In Anbetracht des bestehenden Mangels und des in Zukunft weiter ansteigenden Bedarfs an Akademikern der verschiedenen Richtungen sind alle Massnahmen zu ergreifen, einem grösseren Prozentsatz von Jugendlichen eine Mittelschulbildung zukommen zu lassen,....." (Eidg. Kommission für Nachwuchsfragen (1963), S. 207).

Die Situation, mit der die Akademiker heute auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert werden, ist jedoch nicht mit derjenigen vergleichbar, welche diese Gruppe 1937 vorfand. Eine vergleichbare Höhe der Arbeitslosigkeit signalisiert keineswegs identische Situationen. Die Arbeitslosigkeit zeigt lediglich an, dass das Zusammenspiel zwischen Hochschule und Beschäftigungsbereich spannungsgeladen ist. Worauf diese Spannungen zurückgeführt werden müssen, wäre im Detail zu untersuchen. In diesem Sinne ist das Mass der heutigen Arbeitslosigkeit der Akademiker zwar eine notwendige, sicher aber keine hinreichende Bedingung, um sich mit der berufsqualifizierenden Komponente der Hochschulbildung zu befassen.

Im folgenden werden einige allgemeine Ueberlegungen zum Verständnis der aktuellen Problematik formuliert. Soweit dies möglich ist, werde ich mich auch auf quantitative Daten und Erhebungen abstützen. Die Unterschiedlichkeit von definitiven Festlegungen - in den AGAB-Studien z.B. wird die Arbeitslosigkeit anders definiert als in der Arbeitslosenstatistik - verhindert jedoch weitgehende Interpretationen. Im Vordergrund stehen daher qualitative Erwägungen.

## II

Die Schweizerischen Hochschulen befinden sich in einer Wachstumsphase, welche in ihrer Geschichte einzigartig ist:

1940 wurden 12'000 Studenten gezählt, 1960 waren es 22'000 und gegenwärtig sind es rund 70'000 Studenten. Dieses Wachstum ist das Ergebnis der Ueberlagerung demographischer und bildungspolitischer Prozesse. So haben - um einige Eckdaten zu erwähnen - zwischen 1954 und 1964 die Geburtenzahlen pro Jahr erheblich zugenommen: 1954 wurden 83'000 Geburten gezählt, 1964 (Spitzenjahr) waren es 113'000.

Hochschulpolitisch bedeutsam ist, dass in den Fünfziger- und anfangs der Sechzigerjahre ein gravierender Mangel an Akademikern diagnostiziert wurde: Eine bessere Ausschöpfung der Begabtenreserven wurde gefordert und auch teilweise realisiert (Ausbau und Dezentralisierung der Mittelschulen, Verdreifachung der Maturandenquote auf rund 10% zwischen 1960 und heute). Diese zum Teil beabsichtigten Entwicklungen führten zu einer stetigen Zunahme der Studenten- und Hochschulabsolventenzahlen. Sie wird sich bis in die Neunzigerjahre fortsetzen.

Demgegenüber sind im Beschäftigungsbereich seit 1973 gegenläufige Tendenzen festzustellen. An sich wäre schon bei einem stagnierenden Arbeitsplatzangebot, aber einem aufgrund der Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter anwachsenden Arbeitskräftepotential mit Arbeitsmarktproblemen aller Qualifikationsgruppen zu rechnen. Dies gilt umso mehr, wenn die Gesamtbeschäftigung rückläufig ist. Gemäss einer Zusammenstellung der Basler Zeitung (1983) hat unser Land zwischen 1973 und 1983 rund 210'000 Arbeitsplätze verloren. Diese Verluste markieren sektorielle und branchenmässige Umschichtungen und Umstrukturierungen. Bedeutsam ist, dass die Verluste in den Branchen Uhren (- 42'000 Arbeitsplätze), Textil und Bekleidung (- 38'000 Arbeitsplätze), Maschinen (- 33'000), Metall (- 28'000) und Bau (- 70'000) durch das Wachstum im Gesundheitswesen (+ 48'000 Arbeitsplätze), im Banken- und Versicherungssektor (+ 36'000) und bei der öffentlichen Verwaltung (+ 20'000) nicht kompensiert werden konnten.

Die Gegenläufigkeit demographischer und wirtschaftlicher Entwicklung hatte unter globalen Gesichtspunkten bedeutsame Folgen für die Akademikerbeschäftigung:

- Ohne dass dies genau beziffert werden kann, ist in den vergangenen Jahren der Anteil der Akademiker an den Berufstätigen erheblich gewachsen. Statistisch ausgewiesen ist, dass der Anteil der höheren Berufe (Akademiker, HTL-Absolventen, usw., exklusiv Kindergärtnerinnen und Lehrer) an den Erwerbstätigen von 7% (1970) auf 8,4% (1979) zugenommen hat (Wissenschaftsrat, 1981, S. 23). Der Prozess der Akademisierung der Beschäftigtenstruktur ist nicht abgeschlossen. Die AGAB-Untersuchungen zeigen, dass für Neuabsolventen oft neue Stellen geschaffen werden. Angesichts des markanten Beschäftigungsrückgangs und des gleichzeitigen Strukturwandels stellen 5% arbeitslose Neuabsolventen heute keinen beunruhigenden Wert dar. Dieser auch international tiefe Wert zeigt, dass das Beschäftigungssystem bisher auf das veränderte Angebot an Akademikern erstaunlich flexibel reagiert hat.
  
- Im Zuge der Akademisierung weiten sich Tätigkeitsfelder und Anforderungen an die akademisch geschulten Arbeitskräfte aus. Einerseits üben zwar weiterhin Absolventen bestimmter Fachgruppen (insbesondere die Mediziner, aber auch verschiedene Lehrerberufe) eine professionelle Tätigkeit in einem engeren Sinne aus: Ihr Aufgabenbereich ist klar umschrieben und gegenüber demjenigen anderer Qualifikationsgruppen abgegrenzt, sie verfügen über einen Sonderstatus bezüglich Einkommen, Prestige und wohl auch Macht. Andererseits hat der Anteil jener Akademiker, welche in grösseren, arbeitsteilig und bürokratisch organisierten Betrieben tätig sind, sicher zugenommen. Dabei finden sich diese oft im mittleren Bereich der Beschäftigtenhierarchie. Sie verfügen zwar weiterhin in der Regel über einen grösseren beruflichen Handlungsspielraum als andere Qualifikationsgruppen (vgl. Nuthmann, 1983, S. 8ff.), doch ist ihr Sonderstatus einem Erosionsprozess ausgesetzt. Dieser Teil der Akademikerschaft ist

einem fortschreitenden Heterogenisierungsprozess unterworfen: seine soziale Lage, sein Bild und wohl auch sein Selbstverständnis wandeln sich.

### III

Diese allgemeine Betrachtungsweise verdeckt, dass die Akademiker in den verschiedenen Teilen des Beschäftigungssystems mit unterschiedlichen Problemen konfrontiert sind:

- Nach Schätzungen beschäftigt die öffentliche Hand rund 50% aller berufstätigen Akademiker, die Mehrheit davon im Bildungs- und Forschungssektor. Bis vor wenigen Jahren hat aus demographischen und den erwähnten bildungspolitischen Gründen sowie aufgrund verstärkter Bemühungen im Forschungsbereich (vgl. z.B. Schweizerischer Nationalfonds) der Eigenbedarf dieses Sektors stetig zugenommen. Heute sind die Stellenzahlen weitgehend plafoniert oder werden in einzelnen Bereichen gar abgebaut (vgl. Mittelschulen). Die öffentliche Verwaltung verzeichnet bis heute gesamtschweizerisch eine wachsende Beschäftigungszahl. Diese ist wesentlich durch eine Expansion auf der Ebene der Gemeinden und der Kantone bedingt. Den Akademikern haben sich jedoch dadurch offenbar kaum nennenswerte zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet.
- Der Vorort-Erhebung (1982, S. 22ff.) kann entnommen werden, dass im Privatsektor die Zahl der Akademiker zwischen 1975 und 1980 in einzelnen Branchen zum Teil bedeutend zugenommen hat. In der Industrie beträgt die entsprechende Zuwachsrate in der genannten Periode 11%, wobei vor allem die Zahl der Ingenieure (+ 25%) überdurchschnittlich gewachsen ist. Aber auch die privaten Forschungslaboratorien (+ 34%), die Banken (+ 32%) und die Versicherungen (+ 26%) verzeichnen beträchtliche Zuwachsraten. Unter hochschulplanerischen Gesichtspunkten mag es bedeutungsvoll sein, dass in allen Branchen, mit Ausnahme der beratenden Ingenieurgesellschaften, die

zwischen 1975 und 1980 realisierten Zuwachsraten der angestellten Akademiker zum Teil bedeutend höher sind als die von der jeweiligen Branche 1975 prognostizierten Werte. Diese Daten illustrieren u.a. die These, dass das Bildungswesen durch sein qualitatives und quantitatives Angebot und durch die Ausbildung von Arbeitskräften immer auch - jedoch nicht allein - die Nachfrage des Beschäftigungssystems beeinflusst.

In der Industrie ist der Einsatz von Akademikern in nicht-technischen Tätigkeitsbereichen (z.B. Administration und Finanzwesen, Marketing und Verkauf, Planung, Dokumentation, usw.) verstärkt worden. Dabei haben sie aber - von wenigen Funktionen abgesehen (Rechtsdienst, Patentwesen) - keine HTL/HWV-Absolventen verdrängt; vielmehr wurden offenbar die genannten Funktionsbereiche zwischen 1975 und 1980 insgesamt relativ stark ausgebaut, wodurch Stellen für verschiedene Qualifikationsgruppen gleichzeitig geschaffen werden konnten. Sinngemäss Ähnliches gilt auch für die kaufmännisch orientierten Dienstleistungsbetriebe.

- 1970 besaßen von allen berufstätigen Akademikern rund 18% einen selbständigen Erwerbsstatus (neuere Zahlen sind leider nicht verfügbar). Die Zahnmediziner, die Architekten ETH, die Veterinär- und Humanmediziner sowie die Juristen wiesen eine überdurchschnittlich hohe Selbständigenquote auf. Die Nachfrage nach Dienstleistungen der verschiedenen Gruppen von Selbständigen ist, allerdings in unterschiedlichem Masse, variabel. Sie kann hauptsächlich als Ergebnis sozial, politisch und ökonomisch gesteuerter Prozesse betrachtet werden. Einkommens- und Statuserwartungen der verschiedenen Berufsgruppen spielen dabei, wie die Diskussion um eine angemessene Versorgung mit niedergelassenen Ärzten zeigt, eine zentrale Rolle. Unbestritten ist, dass die wachsenden Absolventenzahlen auf diesem Teilarbeitsmarkt zu einer Verschärfung der Konkurrenz geführt haben.
- Schliesslich gibt es Hinweise, dass junge Akademiker vermehrt einer Beschäftigung in der sogenannten "Grauzone" nachgehen.



Typisch dafür sind Tätigkeiten und Arbeitsformen, welche sich in alternativen, subkulturellen Milieus herausgebildet haben (vgl. Nuthmann, 1983, S. 11). In der "Grauzone" werden auch Aufgaben übernommen, die kurzfristig sind oder häufig wechseln. Die Entlohnung derartiger Arbeiten ist z.T. schlecht. Dagegen ermöglicht sie oft - aus der Sicht der Betroffenen - die Realisierung ideeller Werte, sei es in der Erwerbsarbeit, sei es in der Freizeit. Schlechte Entlohnungsbedingungen werden also gewissermassen ideell kompensiert.

#### IV

Wenn in den letzten Jahren die Beschäftigungsprobleme der Akademiker nicht wesentlich grösser geworden sind, kann das auch auf die Heterogenisierung der Status-, Berufs- und Einkommenserwartungen der Studierenden und Absolventen zurückgeführt werden. Diese Heterogenisierung spiegelt nicht nur die real schlechten Beschäftigungschancen der heutigen Akademikergeneration in einer weiterhin hierarchisch strukturierten Arbeitswelt, sondern auch das zeitliche Zusammenfallen der Anzeichen eines Wertwandels mit einer stagnierenden Beschäftigung: Für viele scheinen immaterielle Werte (Selbstverwirklichung, Selbständigkeit, usw.) gegenüber materiellen (Einkommens- und Konsumchancen) an Bedeutung zu gewinnen. Nicht in allen Studiengängen verändern sich Berufs- und Einkommenserwartungen gleichermassen: Am fortgeschrittensten sind diese Prozesse in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Aber auch in den ausgesprochen berufsorientierten Studiengängen der Medizin, in einzelnen Ingenieurwissenschaften und den Wirtschaftswissenschaften sind Ansätze derartiger Veränderungen beobachtbar. Unterschiede nach Hochschulen sind jedoch zu beachten.

Einerseits erleichtert die Heterogenisierung von Berufs- und Staturerwartungen eine Eingliederung der Hochschulabsolventen in den Beschäftigungsbereich. Andererseits verändern sich die Motivationsstrukturen bei den Studierenden. Ihre Ansprüche

an das Lehrangebot (inhaltlich und didaktisch) werden differenzierter. Für die Hochschullehrer wird die Gestaltung der Lehre zu einer noch grösseren Herausforderung.

## V

Die in den letzten Jahren beobachtbare Veränderung des Beziehungsgefüges zwischen Hochschule und Arbeitswelt trägt dauerhafte Züge. Sie signalisiert eine Funktionsausweitung der Hochschulbildung, die - selbst wenn man dies politisch wollte - kaum mehr rückgängig zu machen sein wird. Die Hochschulexpansion ist ein Faktum. Eine Situation wie in den Fünfzigerjahren wird es an unseren Hochschulen kaum mehr geben. Eine Veränderung des Studienverhaltens und der Berufserwartungen wird durch ein verändertes Rekrutierungsverhalten der Arbeitgeber gewissermassen stabilisiert: Sind einmal neue Stellen Akademikern zugänglich gemacht worden, dürften in der Folge bei allfälligen Wiederbesetzungen die Akademiker gegenüber Absolventen anderer Bildungsinstitutionen bevorzugt werden.

Obwohl gegenüber prognostischen Aussagen einige Skepsis angebracht ist, bleibt aufgrund weiterhin steigender Studenten- und Absolventenzahlen das Beziehungsgefüge zwischen Hochschule und Beschäftigungsbereich weiterhin dynamisch. Es muss jedoch bezweifelt werden, dass spontane Anpassungsprozesse zwischen diesen beiden Bereichen genügen und leistungsfähig genug sind, die Entstehung grösserer Strukturprobleme zu verhindern.

- Aufgrund der Altersstruktur der berufstätigen Akademiker wird bis Mitte der Neunzigerjahre der Ersatzbedarf tendenziell in allen Beschäftigungsbereichen relativ gering sein. Das Aufnahmevermögen des Beschäftigungssystems für zusätzliche Akademiker ist daher wesentlich davon abhängig, ob für diese neue Stellen geschaffen werden (z.B. im Zusammenhang mit der Uebernahme neuer Aufgaben) oder ob die Akademiker Nicht-

Akademiker aus deren Stellen verdrängen (vertikale Substitution).

- Ob und in welchem Masse in den verschiedenen Beschäftigungsbereichen neue Stellen geschaffen werden, bestimmen die jeweiligen Regulierungsmechanismen. Die fortdauernde Knappheit staatlicher Ressourcen und die relativ stabilen Einkommens- und Organisationsstrukturen bei der öffentlichen Hand erschweren es enorm, für Akademiker zusätzliche Stellen zu schaffen. Im Bildungswesen ist zudem aufgrund der absehbaren demographischen Entwicklung eher mit einem Abbau von Stellen als mit einem Ausbau zu rechnen. Im privaten Sektor werden die Beschäftigungsmöglichkeiten für Akademiker weiterhin durch das Produktionswachstum, das Aktivitätsniveau, den Stand und die Veränderung der Produktionstechniken (neue Technologien) sowie durch arbeitsorganisatorische Festlegungen determiniert. Wenn auch das Absorptionsvermögen des privaten Beschäftigungsbereiches tendenziell günstiger einzuschätzen ist als dasjenige des öffentlichen, kann von jenem doch nur ein beschränkter Beitrag zur Bewältigung der Arbeitsmarktprobleme erwartet werden. Wesentlich aus diesen Gründen wird sich der Druck auf die Bereiche der Selbständigen und die bereits erwähnte "Grauzone" verstärken. Im Bereich der Selbständigen ist eine Heterogenisierung von Einkommens- und Statuschancen zu erwarten: Sicher werden die traditionellen selbständigen Berufe (Mediziner, Juristen) versuchen, für sich Tätigkeitsfelder zu monopolisieren, den Zugang zu ihnen zu reglementieren und mengenmässig zu regulieren. Berufe, welche in einem Professionalisierungsprozess begriffen sind (z.B. Psychologen), werden ähnliche Strategien verfolgen. Der Beschäftigungstyp des "neuen Selbständigen" wird quantitativ an Bedeutung gewinnen: er wird im Umwelt-, Bildungs- und Organisationsbereich usw. beratende Funktionen übernehmen. Schliesslich werden in der "Grauzone" jene Akademiker einer zeitlich befristeten Arbeit nachgehen, die in keinem der drei traditionellen Beschäftigungsbereiche Fuss fassen

können oder die unter schlechten Erwerbsbedingungen in erster Linie ideelle Werte zu verwirklichen trachten. Die "Grauzone" wird u.a. die Funktion eines Auffangbeckens für überschüssige Qualifikationen erhalten und daher in sich sehr heterogen sein.

- Die Konkurrenz auf den fachspezifischen Arbeitsmärkten wird sich zwischen den Angehörigen der verschiedenen Fachgruppen, welche sich um die gleiche Stelle bewerben, verstärken. Grösser wird auch die Konkurrenz um Stellen zwischen den Absolventen von Bildungsinstitutionen unterschiedlichen Niveaus (HTL versus ETH). Durch die verstärkte Konkurrenz werden berufsständische Interessen herausgefordert. Auch nicht-akademische Berufsgruppen werden versuchen, ihre Tätigkeitsfelder vermehrt zu verteidigen. Der vertikalen Substitution werden Grenzen gesetzt. Derartige Entwicklungen können u.a. die Folge haben, dass in Zukunft eine akademische Bildung weniger vor Beschäftigungsrisiken schützen wird als dies offenbar bis heute der Fall ist.

Wird die heute beobachtbare Entwicklung der Studentenzahlen mit dem Absorptionspotential der einzelnen Teilarbeitsmärkte konfrontiert, werden sich vor allem folgende Absolventengruppen in unmittelbarer Zukunft verstärkt mit Berufseinstiegsproblemen auseinandersetzen haben:

- Frauen allgemein: Der Anteil der Frauen an den Studierenden hat bekanntlich in den letzten Jahren zugenommen. Frauen, haben sie einmal eine Hochschulqualifikation erworben, werden vermehrt auch wünschen, berufstätig zu werden. In geringerer Masse als früher werden sie sich in die traditionelle Rolle der Hausfrau abdrängen lassen.
- Absolventen, die üblicherweise von der öffentlichen Hand beschäftigt werden und aufgrund ihrer spezialisierten Ausbildung wenig berufliche Alternativen haben: Phil.-I-Absolventen (vgl. Lehrerberuf), Phil.-II-Absolventen einzelner

Fachrichtungen (z.B. Biologie, Chemie), soweit sie sich auf die Forschung spezialisiert haben (vgl. Personalplafonierung in den Hochschulen und geringe Zunahme der Chemiker-, Biologen- und auch Physikerzahlen in der Privatwirtschaft).

- Absolventen von Studienrichtungen mit grossen Wachstumsraten, die tendenziell einen selbständigen Beschäftigungsstatus anstreben: Psychologen, Juristen und Mediziner.

## VI

Die verstärkten Spannungen zwischen Hochschule und Beschäftigungssystem sind Ergebnis wechselseitig abhängiger, zum Teil gegenläufiger Prozesse demographischer, kultureller, politischer und ökonomischer Art. Durch bildungspolitische Massnahmen allein ist die sich abzeichnende Entwicklung kaum korrigierbar. Selbst ein totaler Numerus clausus würde beispielsweise ein Anwachsen der Absolventenzahlen bis in die Neunzigerjahre nicht verhindern können: Die zukünftigen Akademiker befinden sich bereits im "System". Maturanden stehen zudem im ausseruniversitären Tertiärbereich faktisch nur wenige alternative Ausbildungsmöglichkeiten offen.

Längerfristig geht es heute nicht nur um die Beschäftigungsmöglichkeiten für Akademiker, sondern vielmehr um jene aller Qualifikationsgruppen. Traditionelle Konzepte der Vollbeschäftigung sind zu überdenken und gegebenenfalls zu revidieren. Insbesondere werden öffentliche und private Arbeitgeber zu überprüfen haben, ob angesichts der quantitativen und qualitativen Veränderungen des Erwerbspotentials Rekrutierung und Einsatz von Arbeitskräften zu modifizieren sind. Allfällige Veränderungen würden sich zweifellos auf die Gestaltung des Bildungsangebotes aller Stufen auswirken.

Die Beantwortung der Frage, wie sich die Bildungspolitik angesichts der skizzierten Entwicklung verhalten soll, ist deswegen schwierig, weil sie ins Spannungsfeld verschiedener, zum

Teil widersprechender Interessen eingebettet ist. Bildungs- und Hochschulpolitik haben zugleich den Bildungswünschen der einzelnen, den Erfordernissen der Wissenschaft, wie auch wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Anforderungen, die für die Entwicklung der Gesellschaft unabdingbar sind, Rechnung zu tragen. Die Tatsache, dass sich heute gewisse Gegensätze zwischen diesen Bereichen akzentuieren, ist nicht negativ zu beurteilen. Weil Bildungsfragen Lebensfragen sind, und eine Wertdimension ihnen deswegen eigen ist, lassen sich solche Konflikte nicht vermeiden.

Was die Hochschulen heute zur Bewältigung der sich abzeichnenden Probleme beitragen können, hat der Wissenschaftsrat in seinem Bericht "Hochschulbildung - Arbeitsmarkt - Beschäftigung" (1981) dargelegt. Er beschäftigt sich dieses Jahr erneut mit dieser Problematik. Die im erwähnten Bericht (1981) enthaltenen Empfehlungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Der Ausdifferenzierung des Beschäftigungsbereiches wie der Wissenschaften entspricht es, dass wohl nur fachgruppenweise, nicht mehr global über die Funktionen der Hochschulbildung diskutiert werden kann. Die Aufgabe müsste also im Detail an Fakultäten, Abteilungen und Disziplinen gehen; dort wären Personen und Stellen zu bezeichnen, die sich kontinuierlich mit Studienfragen befassen und die entsprechende Diskussion alimentieren können. Wahrscheinlich wird es notwendig sein, für diese Aufgabe Mittel und Personen freizusetzen. Angesichts der langfristigen Wirkung von Ausbildungsangeboten, müssten die notwendigen Mittel beschaffbar sein.
2. Mit Blick auf die Entwicklungen im Beschäftigungsbereich scheint es dem Wissenschaftsrat sinnvoll, bei der Konkretisierung des Ausbildungsangebotes der Förderung der Flexibilität allgemein eine Priorität zu geben. Hochschulabsolventen sollen befähigt werden, sich in verschiedenen Funktionen und Tätigkeitsfeldern zu bewähren und sich im Verlaufe der beruflichen Biographie an unterschied-

liche Arbeitssituationen anzupassen. Ein nach dem Grundsatz der Förderung der Flexibilität gestalteter Ausbildungsgang führt faktisch zu einer gewissen Entkoppelung von Ausbildung und Beschäftigung.

3. Trotz einer allgemeinen Priorität zugunsten der Förderung der Flexibilität ist eine professionalisierte, an präzise umschreibbaren beruflichen Aufgaben orientierte Ausbildung dort angezeigt, wo sich berufliche Tätigkeitsfelder genau abgrenzen lassen und eine Nachfrage ausgemacht werden kann.
4. Nach Auffassung des Wissenschaftsrates trägt die Weiterbildung zur Verringerung von Abstimmungsproblemen zwischen Hochschule und Beschäftigungsbereich bei. Aufgrund der bestehenden Ansätze und Erfahrungen ist die Nachdiplom-Ausbildung auszubauen. Dies betrifft die wissenschaftsorientierten Doktoratsstudien, die berufsorientierten Aufbaustudien und das rekurrente Bildungsangebot. In diesem Bereich können einerseits in freiwilliger Absprache Schwerpunkte gesetzt werden (vgl. Beispiel des "Troisième cycle"). Andererseits wird sich in manchen Fällen ein sogenanntes Verbundsystem als sinnvoll erweisen.

Zitierte Literatur

Basler Zeitung, 14.12.1983.

Bericht der Eidg. Kommission für Nachwuchsfragen auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften und der medizinischen Berufe sowie des Lehrerberufes auf der Mittelschulstufe, Bern, 1963.

Kotschnig, W. Unemployment in the Learned Professions, London, 1937.

Nuthmann, R. Verbleib von Hochschulabsolventen, Annahmen zur Entwicklung von Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen und Arbeitsformen zwischen "richtiger" Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. In: Hochschulexpansion und Arbeitsmarkt, IAB (Hrsg.), Nürnberg 1983, S. 1-19.

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für akademische Berufsberatung. Untersuchungen über die Beschäftigungssituation der Neuabsolventen der Schweizer Hochschulen 1977, 1979, 1981 und 1983. Beihefte Wissenschaftspolitik (1978) 16, (1980) 23, (1982) 29 und Wissenschaftspolitik 1/1984, S. 53-74.

Schweizerischer Wissenschaftsrat. Hochschulausbildung - Arbeitsmarkt - Beschäftigung, Bern 1981.

Schweizerischer Wissenschaftsrat. Studien und Materialien zum Problemfeld Bildung - Beschäftigung, Beiheft Wissenschaftspolitik (1981) 26.

Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins. Forschung und Entwicklung in der Privatwirtschaft, Zürich 1977 und 1982.